

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	XI
1. Teil: Grundlegung	1
1 Die Einordnung der Problemstellung	1
1.1 Untersuchungsgegenstand	1
1.2 Untersuchungsziel	3
1.3 Entscheidungswerte als Beurteilungsmaßstab	5
1.4 Steuersensibilität einer Nießbrauchsvereinbarung	7
1.5 Gegenwärtiger Diskussionsstand	9
2 Begriffliche Abgrenzung, Untersuchungsprämissen und Untersuchungsplan	12
2.1 Begriffliche Abgrenzung	12
2.1.1 Übertragung von Einkünften als kollektives steuerliches Entscheidungsproblem	12
2.1.2 Die Steuerplanung und -politik in den Zielsetzungs- und Entscheidungsprozessen	14
2.2 Untersuchungsprämissen und Untersuchungsplan	16
2. Teil: Rechtliche Grundlagen und Gestaltungsformen von Nießbrauchsvereinbarungen sowie Kriterien für deren steuerliche Anerkennung	19
1 Die zivilrechtliche Ausgestaltung des Nießbrauchs	19
1.1 Begriffe und Wesen des Nießbrauchs	19
1.1.1 Begriffsklärung	19
1.1.2 Gegenstand des Nießbrauchs	22
1.1.2.1 Der Nießbrauch an Sachen und an Rechten	22
1.1.2.2 Der Nießbrauch an einem Vermögen und an einer Unternehmung	25
1.2 Bestellung, Inhalt und Beendigung des Nießbrauchs	30
1.2.1 Die Bestellung des Nießbrauchs durch Rechtsgeschäft oder kraft Gesetzes	30
1.2.2 Rechte und Pflichten aus einer Nießbrauchsvereinbarung	32
1.2.3 Beendigung des Nießbrauchs	35
2 Nießbrauchsvereinbarungen in der Rechtssystematik	36
2.1 Problemstellung	36
2.2 Auffassungen von der Akzessorität des Steuerrechts	37
2.2.1 Entwicklungen in der steuerlichen Rechtsprechung und im Schrifttum	37
2.2.2 Folgen aus den unterschiedlichen Auffassungen	43

3	Die Beurteilung von Nießbrauchsvereinbarungen nach steuerlichen Kriterien	44
3.1	Entgeltliche Nießbrauchsvereinbarungen und deren Folgen	46
3.1.1	Vermögensübertragungen gegen Einräumung des Nießbrauchs (Vorbehaltsnießbrauch)	48
3.1.1.1	Vermögensübertragung und Nießbrauchsbestellung als Leistungskomponenten	49
3.1.1.1.1	Darlegung des allgemeinen Erkenntnisstandes	49
3.1.1.1.2	Auffassungen in der Rechtsprechung und im Schrifttum	51
3.1.1.1.3	Gründe für die divergierenden Lösungsansätze	57
3.1.1.1.4	Vermögensmäßige und steuerliche Auswirkungen einzelner Lösungsansätze	60
3.1.1.2	Allgemeingültige Entgeltlichkeitskriterien als Wertmaßstab	67
3.1.1.2.1	Verfahren zur Ermittlung des Werts von Leistung und Gegenleistung	70
3.1.1.2.2	Die Einlage des Nutzungsrechts und deren Synergieeffekte	72
3.1.1.2.2.1	Die Einlage des dinglichen Nutzungsrechts in die eigene Unternehmung	74
3.1.1.2.2.2	Die Einlage des dinglichen Nutzungsrechts in das Handelsgewerbe eines Angehörigen	75
3.1.1.2.3	Die schuldrechtliche Überlassung des dinglichen Nutzungsrechts an einen Fremden	78
3.1.1.2.4	Die schuldrechtliche Überlassung des dinglichen Nutzungsrechts an einen Angehörigen	82
3.1.1.2.4.1	Anerkennungsvoraussetzungen	82
3.1.1.2.4.2	Ein Modell zur Ableitung kritischer Werte	86
3.1.1.2.4.3	Die Rolle des Zinsfußes in der steuerlichen Angemessenheitsprüfung	91
3.1.1.3	Zwischenergebnis	93
3.1.2	Die Einräumung des Nießbrauchs gegen Erbverzicht (Zuwendungsnießbrauch)	93
3.1.2.1	Die Einräumung des Nießbrauchs als Gegenleistung	95
3.1.2.2	Der Verzicht auf den Pflichtteil als Leistung	95
3.1.2.2.2	Problemstellung	95
3.1.2.2.2	Begriff und Wesen des Erbverzichts	98
3.1.2.2.3	Die ökonomische Komponente des Pflichtteilsanspruchs	102
3.1.2.2.4	Der konstitutive Charakter des Erbverzichts für die Vorwegnahme der Erbfolge	104
3.1.2.2.5	Der Erbverzicht als Instrument zur Erreichung interdependenten Zielen	106
3.1.2.2.6	Die Zweckmäßigkeit des Erbverzichts in der antizipierten Erbfolge	108
3.1.2.2.7	Der Pflichtteilsverzicht gegen Pflichtteilsabfindung als Schenkung oder als entgeltlicher Vertrag	114
3.1.2.2.8	Die Beurteilung des Erbverzichts im Ertragsteuerrecht	119
3.1.2.2.9	Die Berechnung von Pflichtteilsansprüchen	124
3.1.2.2.9.1	Stellungnahmen im Schrifttum und der Rechtsprechung	124

3.1.2.2.9.2 Die Zielanalyse der Entscheidungsträger	126
3.1.2.2.9.3 Die Bewertung des Nachlasses als Ergebnis subjektiver Erwartungen oder als objektive Größe	127
3.1.2.3 Zwischenergebnis	139
3.2 Die Zurechnung der Einkünfte bei unentgeltlichen Nießbrauchsvereinbarungen	140
3.2.1 Entwicklungen in der steuerlichen Rechtsprechung	140
3.2.2 Der Einfluß der persönlichen Beziehungen zwischen nahen Angehörigen	141
3.2.2.1 Die Ernsthaftigkeit von Angehörigenvereinbarungen	142
3.2.2.2 Tatsächlicher Vollzug der Nießbrauchsvereinbarung	144
3.2.3 Die Bedeutung der Bestandskraft von Nießbrauchsvereinbarungen für deren steuerliche Anerkennung	145
3.2.3.1 Fristigkeit	145
3.2.3.2 Widerrufsvorbehalt	147
3.2.4 Die Zurechnung der Einkünfte nach der Verkehrsauffassung	148
3.2.5 Die Einkunftsquelle als Zurechnungskriterium	149
3.2.6 Die Beurteilung einer Nießbrauchsvereinbarung nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise	153
3.2.7 Zur Rechtmäßigkeit von Steuergestaltungsmaßnahmen	155
3.2.8 Einkommenszurechnung versus Einkommensverwendung	157
3.2.8.1 Auffassungen in der Rechtsprechung und im Schrifttum	157
3.2.8.2 Das Vermögensrisiko als Zurechnungskriterium	162
3.2.9 Zwischenergebnis	165
4 Formen der Aufspaltung des Unternehmereinkommens	176
3. Teil: Der Kapitalwert der Nettogewinne als Entscheidungskriterium	169
1 Formulierung eines individuellen Entscheidungsmodells	169
1.1 Grundlegung für eine quantitative Analyse	169
1.2 Die Konzipierung einer Entscheidungsrechnung	170
1.2.1 Modellansatz ohne Berücksichtigung von Steuern	171
1.2.2 Modellansatz mit Berücksichtigung von Steuern	172
1.2.2.1 Die Ermittlung von Steuerfaktoren	174
1.2.2.2 Die Bestimmung des Kalkulationszinsfußes	178
2 Formulierung kollektiver Entscheidungsmodelle	181
2.1 Der Kapitalwert der Nettogewinne in den Fällen des entgeltlichen Vorbehaltsnießbrauchs	182
2.1.1 Der Einsatz des Nießbrauchsrechts in der betrieblichen Leistungserstellung	182
2.1.1.1 Bilanzierung und Abschreibung eines nießbrauchsbeschwerten Wirtschaftsguts	183
2.1.1.2 Bilanzierung und Abschreibung eines dinglichen Nutzungsrechts .	187
2.1.1.2.1 Kontroverse Auffassungen über den unbestimmten Rechtsbegriff des Vermögensgegenstands	189

2.1.1.2.2	Die abstrakte Aktivierungsfähigkeit eines dinglichen Nutzungsrechts	191
2.1.1.2.3	Die konkrete Aktivierungsfähigkeit eines dinglichen Nutzungsrechts	198
2.1.1.2.4	Die Abschreibung eines dinglichen Nutzungsrechts	204
2.1.1.3	Der Kapitalwert des Nießbrauchers	207
2.1.1.3.1	Die Realisierung von stillen Reserven durch die Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter	210
2.1.1.3.2	Die Realisierung von stillen Reserven durch die Übertragung wesentlicher Betriebsgrundlagen	212
2.1.1.4	Der Kapitalwert des Nießbrauchsbestellers	219
2.1.1.4.1	Der Erwerb einzelner Wirtschaftsgüter	219
2.1.1.4.2	Der Erwerb einer wirtschaftlichen Einheit	223
2.1.1.5	Der Kapitalwert der Nettogewinne nach einer Nießbrauchsvereinbarung	225
2.1.1.6	Die Erweiterung des Modells um den Pflichtteilverzicht	227
2.1.2	Die Ausübung des Nießbrauchs durch Einlage des Nutzungsrechts	229
2.1.2.1	Der Kapitalwert des Nießbrauchers	231
2.1.2.1.1	Die Realisierung von stillen Reserven	232
2.1.2.1.2	Die Einlage des dinglichen Nutzungsrechts in das Handelsgewerbe des Nießbrauchsbestellers	233
2.1.2.2	Der Kapitalwert des Nießbrauchsbestellers	237
2.1.2.2.1	Analyse der Bemessungsgrundlagenteile	239
2.1.2.2.2	Diskussion der Steuerfaktoren	240
2.1.2.3	Der Kapitalwert der Nettogewinne nach einer Nießbrauchsvereinbarung	242
2.1.3	Die Ausübung des Rechts auf Nutzung durch schuldrechtlichen Vertrag	245
2.1.3.1	Der Kapitalwert des Nießbrauchers	245
2.1.3.1.1	Pachtzinsen P_t als Einkünfte aus Gewerbebetrieb	246
2.1.3.1.2	Pachtzinsen P_t als Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	248
2.1.3.2	Der Kapitalwert des Nießbrauchsbestellers	249
2.1.3.2.1	Diskussion der Steuerbemessungsgrundlagen-Teile	250
2.1.3.2.2	Die Modifizierung des Ertragsteuerfaktors	251
2.1.3.3	Der Kapitalwert der Nettogewinne nach einer Nießbrauchsvereinbarung	254
2.1.4	Kriterien für die Zuordnung des Nießbrauchsrechts	255
2.2	Der Kapitalwert der Nettogewinne in den Fällen des unentgeltlichen Vorbehaltsnießbrauchs	256
2.2.1	Vorbemerkungen	256
2.2.2	Formen von Betriebsübertragungen	258
2.2.3	Der Vorbehaltsnießbraucher als wirtschaftlicher Eigentümer	260
2.2.4	Die Realisierung von stillen Reserven	262
2.2.4.1	Übertragung einer wirtschaftlichen Einheit	262
2.2.4.2	Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter	263

2.2.5	Veränderung des Vermögens durch eine unentgeltliche Nießbrauchsvereinbarung	266
2.2.5.1	Aktivierung und Abschreibung der nießbrauchsbeschwertten Wirtschaftsgüter	266
2.2.5.2	Bilanzierung und Abschreibung eines unentgeltlich erworbenen Nießbrauchsrechts	267
2.2.6	Die Ausübung des Nießbrauchs durch Einlage	272
2.2.6.1	Der Kapitalwert des Nießbrauchers	272
2.2.6.1.1	Die Einlage des dinglichen Nutzungsrechts in die eigene Unternehmung	272
2.2.6.1.2	Die Einlage des dinglichen Nutzungsrechts in das Handelsgewerbe eines Familienangehörigen	274
2.2.6.2	Der Kapitalwert des Nießbrauchsbestellers	276
2.2.6.2.1	Der Erwerb einer wirtschaftlichen Einheit	276
2.2.6.2.2	Der Erwerb einzelner Wirtschaftsgüter	278
2.2.6.3	Der Kapitalwert der Nettogewinne nach einer Nießbrauchs- vereinbarung	280
2.2.7	Die Ausübung des Rechts auf Nutzung durch schuldrechtlichen Vertrag	283
2.2.7.1	Der Kapitalwert des Nießbrauchers	283
2.2.7.1.1	Auswirkungen aus einer frühzeitigen Betriebsübertragung	283
2.2.7.1.2	Der Vergleich einer entgeltlichen mit einer unentgeltlichen Betriebsübertragung	284
2.2.7.1.3	Auswirkungen aus der Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter	286
2.2.7.2	Der Kapitalwert des Nießbrauchsbestellers	287
2.2.7.2.1	Der Erwerb einer wirtschaftlichen Einheit	287
2.2.7.2.2	Der Erwerb einzelner Wirtschaftsgüter	289
2.2.7.3	Die Entnahme einzelner Wirtschaftsgüter vor oder nach einer Nießbrauchsvereinbarung	290
2.2.7.4	Der Kapitalwert der Nettogewinne nach einer Nießbrauchs- vereinbarung	295
2.3	Exkurs: Eine tabellarische Gegenüberstellung aufgezeigter Fallgestaltungen	297
2.4	Der Zuwendungsnießbrauch als Abfindung für die Einräumung des Erbverzichts	299
2.4.1	Vorbemerkungen	299
2.4.2	Der Kapitalwert der Nettogewinne ohne Vorwegnahme der Erfolge	301
2.4.3	Der Kapitalwert der Nettogewinne nach entgeltlicher Vorwegnahme der Erbfolge	303
2.4.3.1	Die Realisierung von stillen Reserven	304
2.4.3.1.1	Die Nießbrauchsbestellung als Entnahmehandlung	304
2.4.3.1.2	Auswirkungen aus der Änderung der Gewinnermittlungsmethode	307
2.4.3.2	Die Bilanzierung der nießbrauchsbeschwertten Wirtschaftsgüter und der Duldung des Nießbrauchs	308
2.4.3.3	Der Kapitalwert des Nießbrauchsbestellers	310

2.4.3.3.1	Der faktische Nutzungserwerb durch gesellschaftsrechtlichen Vertrag	311
2.4.3.3.2	Der faktische Nutzungserwerb durch schuldrechtlichen Vertrag	313
2.4.3.4	Der Kapitalwert des Nießbrauchers	316
2.4.3.4.1	Die Ausübung des Nießbrauchsrechts durch Einlage	316
2.4.3.4.1.1	Einlage in die eigene Unternehmung	316
2.4.3.4.1.2	Einlage in die Unternehmung des Nießbrauchsbestellers	317
2.4.3.4.2	Die Ausübung des Nießbrauchsrechts durch Verpachtung dieses Rechts an den Nießbrauchsbesteller	319
2.4.3.5	Folgerungen für eine Familienunternehmung	321
2.4.4	Der Kapitalwert der Nettogewinne nach unentgeltlicher Vorwegnahme der Erbfolge	323
2.4.4.1	Auswirkungen der AfA und der Nießbrauchslast auf steuerpolitische Zielsetzungen	323
2.4.4.2	Der Kapitalwert des Nießbrauchsbestellers	329
2.4.4.2.1	Der Erwerb des Rechts auf Nutzung durch Gebrauchsüberlassung	330
2.4.4.2.2	Der schuldrechtliche Erwerb der faktischen Nutzung	331
2.4.4.3	Der Kapitalwert des Nießbrauchers	332
2.4.4.3.1	Die Einlage des Nießbrauchsrechts in die eigene Unternehmung	332
2.4.4.3.2	Die Ausübung des Nießbrauchs durch Gebrauchsüberlassung	333
2.4.4.3.3	Die Überlassung des Nutzungsrechts durch schuldrechtlichen Vertrag	334
2.4.5	Der Vergleich einer entgeltlichen mit einer unentgeltlichen Vorwegnahme der Erbfolge	335
Exkurs:	Zur Optimierung des Nettogewinns einer Familienunternehmung aufgrund von Nießbrauchsvereinbarungen	337
4. Teil:	Schlußbetrachtungen	347
	Literaturverzeichnis	354
	Rechtsquellen	384
	Abkürzungsverzeichnis	395
	Verzeichnis der wichtigsten Symbole	401
	Sachregister	405